

Diskussion um Ausschussware Kultur

Von Jan Fuhrhop
und Janine Rehbein

Hildesheim. Vor etwa einem Jahr hat der Kulturausschuss der Stadt Hildesheim den „Kultur-Dialog“ ins Leben gerufen. Das ist eine informelle Arbeitsgruppe, die sich aus 12 Mitgliedern aus Kultur, Politik und Verwaltung zusammensetzt. Der Kultur-Dialog soll dem Kulturausschuss zuarbeiten, ihn beraten und damit den Austausch zwischen Kulturschaffenden und Politik befördern. Der Kultur-Dialog hat nun ein 15-seitiges Papier „Kulturlandschaft Hildesheim 2020“ vorgelegt, in dem er die derzeitige Situation der Kultur in Hildesheim analysiert sowie Ziele und Handlungsempfehlungen für die Zukunft formuliert (der KEHRWIENER berichtete in seiner Ausgabe vom 22. Juni).

„Das Papier ist klasse“

Am Dienstag hat der Kultur-Dialog das Papier nun zunächst in einer Pressekonferenz im Theater für Niedersachsen der Öffentlichkeit vorgestellt, anschließend am Abend dem Kulturausschuss. Dort, so hoffen die Mitglieder des Kultur-Dialogs, sollten die Politiker folgendem Beschlussvorschlag zustimmen: „Das Positionspapier bildet die Grundlage für die erforderliche Kulturentwicklungsplanung, die federführend von der AG Kultur-Dialog in Abstimmung mit der Verwaltung umzusetzen ist.“ Der Kulturausschuss hat dem Beschlussvorschlag nicht zugestimmt. Dessen Vorsitzende Beate König begründet das damit, dass die im Beschlussvorschlag genannte Reihenfolge bei der geplanten kulturellen Umstrukturierung der Stadt gar nicht zuträglich ist: „Es kann nicht sein, dass der Kultur-Dialog gemeinsam mit der Verwaltung Dinge umsetzt. Der Kultur-Dialog ist zur Beratung des Kulturausschusses da, aber nicht zur Bestimmung. Beschlüsse fasst immer noch der Kulturausschuss.“

Außerdem habe der Kultur-Dialog bei der Veröffentlichung seines Papers die Beratungsfolge nicht einge-

halten, indem er zunächst die Fraktionsspitzen der einzelnen Parteien sowie durch die Pressekonferenz die Öffentlichkeit informiert habe, anstatt das Papier zunächst einmal dem Kulturausschuss vorzustellen. Denn der hatte den Kultur-Dialog als seine Arbeitsgruppe ja überhaupt erst mit der Erarbeitung des Papers beauftragt.

Gleichwohl: „Das Papier ist klasse, wir bekennen uns dazu, es muss aber noch mehr mit Inhalt gefüllt und konkreter werden.“ Durch den nicht gefassten Beschluss am Dienstag sei die Arbeit des Kultur-Dialogs in keiner Weise behindert: Der Kulturausschuss habe die Arbeitsgruppe am 11. März 2013 auf unbegrenzte Zeit zu seiner eigenen Beratung eingerichtet – „Wir schätzen seine Arbeit.“ Den großen Vorteil sieht König darin, dass die zahlreichen Vorschläge und Ideen des Papers nicht in ihrer ganzen Breite sofort umgesetzt werden müssen: „Es sind schöne Punkte drin, die man projektmäßig angehen kann. Wir können uns aussuchen, was wir zuerst machen.“

Eines ist der SPD-Frau noch wichtig zu erwähnen: „Wenn die Kultur in unserer Stadt eine so große und überregionale Bedeutung haben soll, wie im Papier des Kultur-Dialogs gefordert, dann sollte sie auch einen eigenen Ausschuss haben.“

OB rechnet mit Protesten

Mit solchen Forderungen wird Oberbürgermeister Dr. Ingo Meyer umgehen müssen – das ahnt er nicht nur, er geht fest davon aus, dass es Proteste geben wird. Dennoch will er vorschlagen, den Ratsausschuss für Kultur und Demografie als eigenständiges Gremium in der jetzigen Form abzuschaffen. Stattdessen sollen die bislang dort behandelten Themen von bestehenden Ausschüssen übernommen und deren Zuständigkeiten erweitert werden. Fortan gäbe es dann die Ausschüsse für „Jugend, Schule und Sport“ sowie „Soziales, Kultur und Integration“. Dirk Schröder, Dezernent für Soziales, Jugend, Kultur und Sport, steht

hinter diesem Vorschlag – weder er noch Meyer sehen die Kultur durch diesen Schritt geschwächt oder abgewertet. Meyer erklärt im Gespräch mit dem KEHRWIENER: „Es geht schlicht um effizientere Strukturen und darum, in der Sache zu arbeiten.“ Inhaltlich steht Meyer hinter dem Kultur-Dialog, der mit seinem Papier eine „gute Basis“ für weitere Entwicklungen gelegt habe. Das sieht auch Schröder so – und kritisiert, dass der Kulturausschuss am Dienstag eher über Zuständigkeiten und Abläufe diskutiert hat, aber zum Konzept des Kultur-Dialogs nicht inhaltlich Stellung bezog, sondern das Papier zu Beratung in die Fraktionen verwies.

Neue Stabstelle für Kultur

Der Oberbürgermeister und auch Schröder sind der Ansicht, dass es keinen Ausschuss als Selbstzweck brauche, die wirklichen wichtigen Themen könnten und würden auch weiterhin behandelt werden – gleichzeitig würde die Stadt aber weniger Verwaltungsaufwand haben, wenn die Zahl der Gremien verringert wird. Zumal noch ein weiterer Ausschuss in der jetzigen Form aufgelöst werden könnte: Das Ratsgremium für „Feuerschutz, Recht und Innere Angelegenheiten“ steht ebenfalls zur Disposition. Die entprechenden Vorschläge will Meyer der Politik aber voraussichtlich erst nach den Sommerferien unterbreiten.

Dass er das Thema Kultur und Demografie keineswegs gering schätzt, soll sich in einem anderen Schritt widerspiegeln: Auf Anregung Schröders will Meyer eine neue Stabstelle für eben jene Bereiche einrichten, die direkt in seinem Dezernat angesiedelt ist. Für den Posten vorgesehen ist Renate Pischky-Winkler, jetzige Leiterin des Fachbereichs Jugend und Familie, der nach der Übernahme der Jugendhilfe durch den Landkreis umstrukturiert wird. Pischky-Winkler soll kulturelle Themen sowie alle die städtische Bevölkerungsstruktur betreffenden dezernatsübergreifend koordinieren und vorantreiben.